P85-018-2 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte
Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P85

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:
unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstelle, die ganz konkrete Hilfestellung und ein unkompliziertes Angebot für Bürgerinnen und Bürger bietet. Wir fordern die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Berlin eingesetzt werden. Jeder Waffengebrauch und Einsatz von sog. Pfefferspray ist zu dokumentieren und zu begründen. Das Verbot passiver Bewaffnung sowie das Vermummungsverbot sind aus dem Versammlungsgesetz zu streichen. So schaffen wir mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

Begründung

Die Kennzeichnungspflicht gilt derzeit nicht für Beamte aus anderen Bundesländern, obwohl diese bei Einsätzen in Berlin dem Berliner Polizeirecht unterliegen. Eine vorübergehende Kennzeichnung wäre dabei sehr einfach mit gekennzeichneten Überziehwesten möglich. Dabei wäre festzuhalten, welche Weste an welchen Beamten ausgegeben wird.

Der Einsatz von nicht-Schusswaffen ist derzeit nicht begründungspflichtig und wird dementsprechend gerade bei bestimmten Demonstrationen "lose" gehandhabt - in dem Bewusstsein, dass es keine Konsequenzen geben wird. Hier schaffen wir die Möglichkeit für Demonstranten, gegen übermäßigen Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken vorzugehen.